

Früher Widerstand gegen teure Kanzlei

TRANSPARENZ Schlussbericht blendet interne Konflikte aus

Die Kommission zur Einführung von Transparenzregeln ist nicht in jeder Hinsicht ein gutes Vorbild.

Von Volker Oelschläger

Die Transparenzkommission, die wegen unerwartet hoher Ausgaben für Expertenrat zwischenzeitlich selbst in die Kritik geraten ist, blendet im Entwurf ihres Abschlussberichtes Konflikte in eigener Angelegenheit aus. Das der MAZ vorliegende, noch interne Papier soll heute Abend in der letzten Sitzung der Kommission verabschiedet werden.

Konflikte gab es schon bei der Auswahl der Experten. Im Abschlussbericht heißt es dazu nur: „Nach der Konstituierung hat sich die Kommission zunächst über die Hinzuziehung weiterer externer Experten verständigt. Im Ergebnis wurden Herr Dr. Ferdinand Schuster (KPMG), Herr Dr. Burkhard Frisch (Taylor Wessing) sowie Herr John Siegel (Bertelsmann-Stiftung) berufen...“.

Kritik am Finanzbedarf der Kommission entzündete sich insbesondere im Zusammenhang mit dem als Gesellschaftsrechtler hinzugebetenen Burkhard Frisch und der ihn entsendenden Taylor Wessing, einer internationalen Wirtschaftskanzlei. 80 000 Euro waren für die im Juni einberufene Transparenzkommission zunächst insgesamt veranschlagt. Mehr als 165 000 Euro sollen nach Information aus der Kommission allein an Frisch und Taylor Wessing gehen.

Der Abschlussbericht blendet aus, dass Burkhard Frisch von der Kommissionsmehrheit zunächst gar nicht gewollt war. Zwar hatte die Vorsitzende Elke Schaefer die Berufung Frischs in der zweiten Sitzung am 5. Juli vorgeschlagen, doch eine Mehrheit votierte stattdessen für Tilman Bezenberger, Professor für Bürgerliches Recht, Gesellschaftsrecht und Europä-

ches Zivilrecht an der Universität Potsdam.

Erst in der dritten Sitzung der Transparenzkommission am 13. Juli wurde Frisch von einer Mehrheit als „Nachfolgekandidat“ bestätigt. Zuvor hatte Schaefer informiert, dass Bezenberger „aus Zeitgründen nicht zur Verfügung stehen“ könne. Die Kommissionsmitglieder von FDP, Bürgerbündnis und Anderen gaben nach dieser Abstimmung „Bedauern“ zu Protokoll, dass vor dieser Abstimmung nicht weitere Kandidaten geprüft worden seien. Sie hatten laut Protokoll vergeblich eine Vertagung der Abstimmung beantragt, um weitere Kandidaten-vorschläge prüfen zu können.

Bezenberger bestätigte gestern, dass er telefonisch „und dann noch mal schriftlich“ in die Kommission eingeladen worden sei, aber aus Zeitgründen absagen musste. Er erwähnte den hohen Arbeitsaufwand beim Aufbau eines berufsbegleitenden Nebenstudiengangs für Unternehmens- und Steuerrecht.

Eine erste Information zu möglichen Kosten bekamen

die Kommissionsmitglieder im August in einer nicht öffentlichen Antwort der Verwaltung auf eine FDP-Anfrage. Der Stundensatz für Taylor Wessing wird mit 335 Euro für Partner und 225 bis 275 Euro für Mitarbeiter angegeben, es folgt Rechtsanwältin Elke Schaefer mit einem „Stundensatz von 160 Euro zuzüglich Nebenkosten“. Auf der 9. Sitzung am 4. Oktober wurden die Mitglieder über zu erwartende Kosten von insgesamt rund 300 000 Euro informiert. Neben Taylor Wessing schlugen demnach vor allem die Vorsitzende mit insgesamt fast 55 000

Euro und die Beratungsgesellschaft KPMG mit knapp 50 000 Euro zu Buche.

Frisch bot nach Bekanntwerden der finanziellen Konditionen seinen Rückzug an. Schaefer erklärte am 3. November „ausdrücklich“, dass sie „in keinen geschäftlichen oder vertraglichen Beziehungen zur Rechtsanwaltskanzlei Taylor Wessing“ stehe. Sie „werte das als einen Angriff auf ihre Reputation“ und verwehre sich dagegen.

Kritiker drängten auf weitere Kandidaten-vorschläge

Anzeige

ANGEBOT D



SCHACHTSCHNEIDER-EINTAUSCHPRA

OPEL ASTRA 6.000,- €

OPEL MERIVA 5.000,- €

z. B.

Opel Meriva 1.4 ecoFLEX 88 kW/ 120 PS
Design Edition

Astra 1.4 88 kW, 5 Gang: Kraftstoffverbrauch (l/100 km) außerorts/ innerorts/kombiniert: 4,8/7,8/5,9; CO₂-Emission, kombiniert (g/km): 139 (gemäß VO (EG) 715/2007).
CO₂ Effizienzklasse C

0,- € Anzahlung 0 % Zins

Angebot der GMAC Bank, für die Schachtschneider Automobile

Angebote sind gültig bei Inzahlungnahme eines Gebrauchtwagens
destens 6 Monate ununterbrochen auf den Kunden des A

Transparenzkommission

■ Die Gründung einer Transparenzkommission wurde von Oberbürgermeister Jann Jakobs am 23. Mai in Zusammenhang mit der Stadtwerke-affäre verkündet. Grund: „Das Vertrauen zwischen den Stadtverordneten und einem Teil der städtischen Beteiligungen ist gestört.“

■ Ziel der Kommission ist ein Maßnahmenkatalog zur Korruptionsprävention in Unternehmen mit städtischer Beteiligung.

■ Seine erste Sitzung hatte das mit Stadtverordneten, Mitarbeitern der Verwaltung und städtischer Unternehmen besetzte Gremium am 21. Juni. Für das weitere Verfahren wurden Experten als Berater eingeladen.

■ Neunmal tagte die Kommission hinter verschlossener